

Klaus Mylius

Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, 311 S. Verlag Faber & Faber. Leipzig 2002. ISBN 3-932545-92-3.

Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 169 vom 8. September 1956 wurde ein Memorandum der Regierung vom 2. September 1956 an die vier Botschafter der Siegermächte zur Wiederherstellung der deutschen Einheit wiedergegeben. Lt. Anm. 651 des von H. vorgelegten Werkes hieß es dort im Artikel 14: „Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des anderen Systems führen. Aus diesem Grund soll nach Auffassung der Bundesrepublik dafür Sorge getragen werden, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Heute ist jedermann bekannt, dass diese Worte nichts als eine hohle Phrase waren. Wie es in der Realität aussah, das hat der einstige Direktor des Pathologischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig, Arno Hecht, unter das Seziermesser einer wissenschaftlichen Analyse genommen. In dem hier besprochenen Werk stellt er die Ergebnisse seiner Untersuchung vor. In dieser kommt nicht nur eine fleißige und gründliche Leistung zum Ausdruck, sondern auch ein großes persönliches Engagement. Ebenso ist dem Verlag für seine Risikobereitschaft und seinen Mut zu danken, wobei der Dank die tadellose Buchgestaltung einschließt.

In elf Kapiteln untersucht der Verfasser die Triebkräfte, den Verlauf und die Auswirkungen der Ausschaltung großer Teile der DDR-Intelligenz, wie sie von der BRD nach 1989 vorgenommen wurde. Obwohl die Thematik dazu verführen könnte, in Emotionen zu verfallen oder sich plakativ zu artikulieren, erliegt Vf. nirgends dieser Versuchung, sondern führt durchweg akribisch recherchierte Nachweise. Der Stoff wird durch die Konzentration auf die Hochschulintelligenz vorteilhaft eingegrenzt. Die Angaben zu den Quel-

len und zum computergestützten Bearbeitungsmodus gewährleisten die erforderliche Nachprüfbarkeit. Nicht weniger als 7133 Hochschullehrer konnten für diese Studie erfasst werden. Tabellarisch präsentiert werden u.a. die DDR-Hochschulen und -Akademien mitsamt ihren staatlichen Verantwortungsträgern (S. 33).

Vf. erklärt, warum der Versuch einer Selbsterneuerung 1989/90 gescheitert ist und scheitern musste. In Tabelle 4 analysiert er die angeordneten strukturellen Änderungen als Anpassung an die Verhältnisse in den alten Bundesländern. Die darauf folgenden Ereignisse charakterisiert er zu Recht als Entlassungsorgie. Zu den finstersten Erscheinungen gehörte die in Sachsen aufgestellte Schwarze Liste mit Namen unerwünschter Hochschullehrer. Dieses neue Bundesland hat den traurigen Ruhm, bis zum 1. Juli 1993 2404 Hochschullehrer – nicht weniger als 81,9 Prozent der Gesamtzahl – entlassen zu haben (S. 55). Vf. hat die Abhängigkeit der Entlassungen von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin untersucht. So ermittelte er, dass 91 Prozent der Hochschullehrer für Philosophie der Entlassungsorgie anheim fielen (S. 61). Rez. fügt hinzu, dass es eines klareren Beweises für die Parteilichkeit der Philosophie nicht bedarf. Verdeutlicht wird das Geschehen durch eine Grafik der Anteile der nach 1989 an Universitäten und Akademien ausgeschiedenen Hochschullehrer in Prozent (S. 52).

In aller Offenheit demonstriert H. einige der Methoden, mit denen als nonkonformistisch betrachtete, der Etablierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse abgeneigte oder sonstwie unerwünschte Wissenschaftler ausgegrenzt wurden. Entgegen modernem Rechtsverständnis hatten sie ihre „Unschuld“ nachzuweisen; gelang ihnen das, folgte der nächste Vorwurf. Vf. bringt Beispiele für Fälle von Rufmord, Diffamierung und Boykotthetze, die von einem hemmungslosen Enthüllungsjournalismus flankiert wurden. In den sogenannten Personal- und Ehrenkommissionen herrschte ein „Gemenge aus Neid, Rachsucht und Inkompetenz“ (S. 122). „Die neuen Richter rutschten unverhofft in die gleichen Strukturen, die sie eben noch verdammt und bekämpft hatten“ (S. 127). Die Gauck-Behörde und das Etikett „staatsnah“ wurden als wirksame Keulen gehandhabt.

Mit vollem Recht – und das kann man gar nicht nachdrücklich genug tun – konfrontiert H. diese rigorose Handlungsweise mit der nachsichtigen Haltung gegenüber führenden Nazis nach 1945. In der BRD der Nachkriegszeit bestanden die Nazi-Eliten zum großen Teil weiter; bis 1965 waren 21 Minister und Staatssekretäre, die aktive Nazis waren, im Amt (S. 219 und Anm. 595). Den aufgezählten Fällen sollte man die Biographie des Journalisten Gi-

selher Wirsing anfügen, der seinen einstigen Status als SS-Sturmbannführer und Mitarbeiter an Alfred Rosenbergs „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ nahtlos mit dem späteren eines Chefredakteurs mehrerer BRD-Zeitschriften zu verbinden verstand.

Samuel und Ingeborg Rapoport haben die gegenüber den Hochschullehrern der DDR eingenommene Haltung mit der Tätigkeit der McCarthy-Kommission verglichen (S. 205). Auch der sogenannte Radikalenerlass fand hier seine (verschärfte) Fortsetzung. Über die Diskreditierung der Professoren „alten Rechts“ führte der Weg in die Arbeitslosigkeit. Damit hatte die Diskriminierung jedoch kein Ende, denn die Betroffenen waren unter Verstoß gegen Artikel 19 des Einigungsvertrages nunmehr dem Rentenstrafrecht ausgeliefert. Das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) erwies sich bald als bloße Täuschung. So musste es dahin kommen, dass einige besonders drastisch diskriminierte Gelehrte den einzigen Ausweg im Selbstmord sahen; H. macht auf solche Schicksale aufmerksam (S. 77–78; 144–145).

Möglich wurde diese rigorose Vorgehensweise allerdings nur durch das jämmerliche Verhältnis vieler Beteiligten zur akademischen Solidarität. Man wird an Matth. 26, 69–74 („Ich kenne den Menschen nicht“), an den Verrat der Preußischen Akademie an Albert Einstein 1933 und der Sächsischen Akademie an Friedrich Weller 1943 erinnert. Ohne diesen Opportunismus hätte die neue herrschende Klasse ihre Ziele nicht derart radikal durchzusetzen vermocht.

Auf die frei gewordenen Spitzenplätze der Hochschulen gelangten nunmehr weitgehend Mittelmaß und Inkompetenz. Es war, wie man im Westen sehr wohl wusste, die Zeit der „Guppys auf der Jagd nach Beute“ (diese Formulierung stammt weder vom Vf. noch vom Rez., sondern vom Zweiten Deutschen Fernsehen („Von Fall zu Fall“, 23. Dezember 1995)). Dass es zu keiner „Durchmischung“, sondern zu einer Verwestlichung kam, belegt H. mit eindrucksvollen Zahlen.

Auf die Zerschlagung der Akademie der Wissenschaften geht der Verfasser nicht näher ein – zu Recht, da hierfür bereits anderweitig erarbeitete Unterlagen zur Verfügung stehen, auf die verwiesen wird. Der Berichtigung bedarf jedoch die in Anm. 113 aufgestellte Behauptung, die Sächsische Akademie der Wissenschaften sei unverändert fortgeführt worden. Im Gegenteil: gerade hier nahm die neue Obrigkeit einschneidende „Umschichtungen“ vor, auf welche einschließlich der dabei angewandten Methoden, sich missliebiger Mitglieder zu entledigen, in einer Monographie eingegangen werden sollte.

Arno Hecht resümiert die Ausschaltung der Universitäts- und Hochschulintelligenz in unübertrefflicher Genauigkeit und Prägnanz: „Es ging nicht um die Verwirklichung der deutschen Einheit durch Dialog und Verständigung, sondern um die soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung aller nicht als konformistisch eingestuften Deutschen im Osten“ (S. 101). Mit der Intelligenz wurde wie in einem kolonisierten Land verfahren (zu diesem Terminus sei verwiesen auf Dümcke, W. und F. Vilmar (Hrsg.): *Kolonialisierung der DDR*, Münster 1995). Dass diese Vorgehensweise früher oder später zu Reaktionen führen musste, war vorhersehbar und Vf. bemerkt richtig: „Was abwertend als Nostalgie bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit Ausdruck eines wiederkehrenden Selbstbewußtseins im Ergebnis der Erfahrungen mit den neuen politischen Machtverhältnissen“ (S. 215). Und fragt man „Cui bono?“, so antwortet H. treffend auch hier: „Nutznießer war im wesentlichen das westdeutsche Kapital“ (S. 21). Das Kapital ist – obwohl seine Ökonomen gerade ihre Antagonisten mit diesem Attribut belegen – dogmatisch; sein Dogma ist die „freie Marktwirtschaft“; ein Dogma aber ist reformunfähig (vgl. S. 23). Die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft „... stellt zugleich eine grundsätzlich ungerechte Gesellschaft dar, da sie den Menschen, trotz gegenteiliger Behauptung, keine Chancengleichheit bietet, allein auf Maximalprofit orientiert und ihren Bürgern wesentliche soziale Menschenrechte vorenthält, wie das auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Teilnahme am kulturellen Leben“ (S. 82–83). Weiter heißt es: „Der Glaube mancher Intellektueller, die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung im kapitalistischen Staat durch Reformen verbessern zu können, erweist sich als eine Utopie“ (S. 84). Und nicht überhört werden sollte die Mahnung, die in H.s Worten liegt: „Der Vorwurf des Versagens in der Bewertung gesellschaftlicher Zustände ... wird auch gegenüber den Intellektuellen in der Bundesrepublik zu erheben sein, wenn es sich eines Tages als folgenschwerer Irrtum erweist, den Kapitalismus als alternativlosen Endzustand der Menschheitsentwicklung anzusehen“ (S. 239). Nach all dem wird jedermann deutlich, dass hinsichtlich der ostdeutschen Wissenschaftselite keine Integration beabsichtigt war, sondern eine feindliche Übernahme praktiziert wurde.

Im Anhang findet der Leser die Wiedergabe einiger Zeitdokumente, insbesondere aber nicht weniger als 687 Anmerkungen mit zahlreichen wertvollen Literaturhinweisen sowie ein Namenregister. Auf den Wert der vielen im Buch enthaltenen Tabellen und Statistiken wurde bereits hingewiesen.

Es mag zeitgenössische Historiker, Politikwissenschaftler und Journalisten geben, die allen Grund haben, dieses Buch totzuschweigen. Es bedarf

dennoch keiner prophetischen Gabe, um festzustellen, dass hier eine für spätere Historikergenerationen unverzichtbare Quelle vorliegt – eine Quelle, die den Nachweis führt, wie sich die Diktatur der Großbourgeoisie mit Hilfe ihrer Vollstrecker in der Ausschaltung unerwünschter Intellektueller niedergeschlagen hat. Auch wenn Rez. manchen Thesen des Vf., etwa „Zweifellos war die DDR von ihrem Wesen her kein Rechtsstaat ...“ (S. 88) nicht ohne Bedenken gegenübersteht – „Recht“ ist eine historizitätsgebundene und klassenrelevante Kategorie – , ändert dies doch nichts an der größten Hochachtung, die er der wissenschaftlichen Leistung, dem mutigen Einsatz und der weltanschaulichen Festigkeit des Autors entgegenbringt.

Die große Bedeutung, die Hechts Studie für die Fixierung eines realistischen Geschichtsbildes zukommt, ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass bereits in der Gegenwart bestimmte Kreise bestrebt sind, ein solches Geschichtsbild zu verdunkeln. So heißt es im Bericht des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der auf deren Leibniztag am 28. Juni 2003 erstattet wurde: „Mangels bemerkenswerter Themen wob sie (gemeint ist die Leibniz-Sozietät zu Berlin, K.M.) eifrig an der beliebten Legende von der angeblichen Verdrängung angeblicher Eliten aus dem Osten mit ...“ Einem derartigen Umgang mit der geschichtlichen Wahrheit tritt das hier besprochene Werk wirkungsvoll entgegen.

Mit einer Empfehlung, das Werk der eigenen Bibliothek zuzuführen, könnte diese Rezension abgeschlossen werden. Aber die Lektüre von H.s Buch führt unweigerlich zu Verallgemeinerungen, die den Rahmen seiner Arbeit möglicherweise gesprengt hätten, hier aber nicht übergangen werden sollen. Diese Verallgemeinerungen betreffen Strategeme, die die in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Klasse seit Generationen erfolgreich einsetzt und die sich, nun auf dem Gebiet der Hochschulpolitik, erneut entlarvt haben. Einige besonders relevante sollen hier genannt werden.

Strategem 1: „Über allem steht die fachliche Qualifikation. Das Parteibuch darf keine Rolle spielen.“ Genau das Gegenteil beider Sätze wurde praktiziert. Der wissenschaftliche Rang hat bei den „Evaluierungen“ nie auch nur die allergeringste Rolle gespielt; von entscheidender Bedeutung dagegen war das Parteibuch bzw. dessen Nichtvorhandensein. Fachliche Spitzenkräfte wurden rücksichtslos diskriminiert und vertrieben, wenn es um ideologische Beweggründe ging.

Dass es ebensolche Beweggründe – und keine wissenschaftlichen Erwägungen und Interessen – sind, von denen sich die politische Klasse leiten lässt, möge an einem besonders augenfälligen Beispiel demonstriert werden,

das wiederum dem oben erwähnten Bericht des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften entnommen wurde. Darin wurde gesagt: „Es kam zur Ausrufung einer bedeutungslos gebliebenen Leibniz-Sozietät Ehemaliger, die sich vergeblich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften bald als Konkurrent entgegenstellte, bald als Partner anzudienen suchte.“ Wer in einer Gelehrten-gesellschaft nur den „Konkurrenten“ zu sehen vermag und Kooperationsbereitschaft mit einem so negativ besetzten Wort wie „andienen“ abqualifiziert, hat sich im Netz der kapitalistischen Ideologie verfangen und bewiesen, dass ihm die Belange der Wissenschaft gegenüber ideologisch-politischen Zielsetzungen als untergeordnet gelten.

Strategem 2: „Die Gesellschaft muss von Pluralismus geprägt sein.“ Dieser Satz gilt, solange er der herrschenden Klasse nützt, aber keinen Deut darüber hinaus. Als „Pluralismus“ angesehen und geduldet werden nur Facetten. Echter Pluralismus, der eine Alternative zur kapitalistischen Diktatur einschließt, wird mit Medienhetze, Rufmord, Entlassung und Ausgrenzung beantwortet. Das haben speziell solche Hochschullehrer erfahren müssen, die Vertreter der marxistischen Philosophie, Wirtschafts- oder Staatslehre waren und somit zu den verhassten Personen gehörten, die das Bildungsmonopol der Bourgeoisie gebrochen hatten.

Strategem 3: „In unserer Politik vertreten wir christliche Werte.“ Eine solche Verhöhnung des Christentums sucht ihresgleichen. Die von den „Abwicklern“ und ihren Auftraggebern vertretenen „Werte“ waren allenfalls die des Heinrich Institoris, Jakob Sprenger und Thomas de Torquemada. Die wahren Werte des Christentums, wie sie bei Matth. 5, 44; Luk. 23, 34; Apg. 7, 59; Röm. 12, 14.17 ihren Ausdruck finden, wurden missachtet und als lästiger Ballast abgelegt. Den Urhebern der „Abwicklung“ und Vertreibung war es nicht um die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands zu tun, sondern um die Zementierung ihrer Klassenherrschaft. Aber man stelle sich einmal vor, sie hätten gemäß Röm. 12, 20 gehandelt, den hungernden Feind gespeist, den durstigen getränkt und somit feurige Kohlen auf des bisherigen Gegners Haupt gesammelt. Das wäre wirklich christliche Politik gewesen und hätte maßgeblich dazu beigetragen, Gräben zuzuschütten, alte Wunden nicht wieder aufbrechen zu lassen und neue Wunden zu verhindern. Freilich hätte es dazu edler Herzen und staatsmännischen Weitblicks bedurft.

Doch die Welt ist bunt und vielgestaltig und auch die Klassen sind nicht homogen, sondern bestehen aus Individuen. Es muss daher gerade anhand des hier rezensierten Buches betont werden, dass das Geschehen nicht nur von

den egoistischen Interessen der Großbourgeoisie und ihrer Helfer bestimmt wurde. Es fanden sich viele Institutionen und Einzelpersonen in Deutschland wie im Ausland, die sich inneren Anstand, persönliche Integrität und akademische Würde bewahrt und so manchem Verfolgten Solidarität und eine neue wissenschaftliche Heimat geboten haben. Ihrer sei hier – einstweilen ohne Namensnennung – in höchster Anerkennung gedacht.

Mit dieser versöhnlichen Betrachtung zu schließen, verbietet jedoch die Realität. Denn die wichtigste Erkenntnis, die aus dem Buch von Arno Hecht zu gewinnen ist, besteht darin, dass all das Unglück, die Missachtung der Menschenwürde, die Boykottierung und Diskriminierung der ostdeutschen Wissenschaftselite nicht „passiert sind“, sondern gewollt und geplant waren. Durch jede Seite dieses Buches hallt daher der alles durchdringende Ruf „J'accuse!“